

*Informationsstelle der
Deutschen Caritas und Diakonie
in Pristina*

DCV 548 027/99 - KF-093/99-Jug/CK

**Monatsbericht April
Gespräche mit Rückkehrern aus Deutschland¹**

Nach vielen Gesprächen mit Hilfsorganisationen und auch mit Rückkehrern in den letzten Monaten stellte sich zunehmend heraus, daß es zwar Hunderte von Projekten für Notleidende im Kosovo selbst gibt, aber nur sehr wenige für Rückkehrer. Um dies zu überprüfen, wurde dieses Thema – Gespräche mit Zurückgekehrten – für diesen Monat ausgewählt. Dabei stellte sich zusammenfassend heraus, daß

- bei einem großen Teil der Wiederaufbauprogramme die Begünstigtenlisten schon Ende Februar abgeschlossen waren, also zu einem Zeitpunkt, als die Rückführungen noch nicht begonnen hatten.
- es noch schwieriger für Rückkehrer als für Daheimgebliebene ist, eine Arbeitsstelle zu finden, da sie in der Phase der Anstellungen bei den Hilfsorganisationen nicht im Kosovo waren, oder sich nicht auf die raschen Umstellungen im privaten Sektor einstellen konnten. Die kleinen Privatunternehmen verfügen nicht über die Kapazität, alle Familienmitglieder aufzunehmen.
- die Not- und Katastrophenhilfe so gut wie abgeschlossen ist. Viele der Rückkehrer aber sind auf sie – aus den oben genannten Gründen – angewiesen.

Das Thema diesen Monats erwies sich als überaus schwierige Aufgabe. Alleine die Suche nach Namen und Adressen nahm sehr viel kostbare Zeit in Anspruch. UNHCR besaß keine Listen – die selbstverständlich erscheinende Zusammenarbeit zwischen der Internationalen Organisation für Migration (IOM), die für den Empfang und Transport der Rückkehrer verantwortlich ist und dem UNHCR erwies sich als nicht

existent. IOM wiederum hielt die Information in einigen Orten geheim, aus welchem Grund auch immer. Meine Mitarbeiterin und ich wurden von Organisation zu Organisation geschickt, bis wir endlich einige Namen hatten.

In den Dörfern stellte das Auffinden der Menschen keine große Schwierigkeit dar, in Pristina ist dies jedoch fast unmöglich, da alle Straßennamen sich geändert haben und die Zahl der Intern Vertriebenen die Demographie stark verändert hat. Zudem versperrten drei Tage lang landesweite Demonstrationen für die albanischen Gefangenen in Serbien alle Ausfahrtswege aus Pristina.

Die Analyse der Gespräche ist in zwei Kategorien aufgeteilt: Die politischen und die wirtschaftlichen Implikationen der Rückkehr.

Um einen Überblick über die Lage in der sehr stark zerstörten Stadt Gjakova zu bekommen, besuchten wir zuerst Pater Ambroz Ukaj. Er schilderte uns die Lage in diesem Verwaltungsbezirk als äußerst desolat. Vor dem Krieg beschäftigten 25 Fabriken in Gjakova 45.000 Menschen. Von diesen Fabriken arbeitet noch eine einzige in stark verminderter Kapazität. Die einzigen funktionierenden Betriebe sind private Kleinunternehmen, die nur Familienmitglieder beschäftigen. Einige junge Männer finden zur Zeit hin und wieder Arbeit auf Baustellen. Da jedoch keine Arbeitsverträge bestehen, müssen sie oft nach einem oder wenigen Tagen wieder aufhören.

Pater Ukaj sprach sich aufgrund der oben beschriebenen desolaten Situation entschieden gegen eine schnelle Rückkehr der Flüchtlinge aus Deutschland aus.

Nach dem Besuch bei Pater Ukaj fuhren wir zu IOM. Von den 6 Namen von Rückkehrern, die sie uns freundlicherweise gaben, fanden wir nur 3 Personen. Die anderen waren mit unbekanntem Adressen umgezogen, zum größten Teil, weil ihre Häuser zerstört sind.

Politische Implikationen

1- Bei meinen Besuchen in verschiedenen deutschen Landesinnenministerien wurde immer wieder versichert, daß Minderheiten derzeit nicht in den Kosovo zurückgeschickt werden sollen.

¹ Durch meine einwöchige Reise in die deutschen Innenministerien verkürzte sich die Zeit für Nachforschungen für diesen Bericht.

In den Rückführungserlassen aller Ministerien sprach man sich eindeutig gegen eine Rückkehr von Familien mit schulpflichtigen Kindern bis zum Abschluß des laufenden Schuljahres aus. Diese Versprechungen werden nicht eingehalten:

Die Familie Murati ist eine bosniakische Familie, gehört also, vor allem in Prizren, einer bedrohten Minderheit an. Noch vor 3 Monaten wurde in ihrer Nachbarschaft eine ganze bosniakische Familie getötet.

Die Familie bekam von den Behörden Baden-Württembergs den Abschiebungsbescheid. Auch der Anwalt der Familie, der deren bosniakische Volkszugehörigkeit bestätigte, konnte nichts dagegen tun.

Die Familie Murati hat 3 Kinder und wurde morgens früh um 5 Uhr von der deutschen Polizei geweckt. Sie bekam genau 20 Minuten, um zu packen. Herr Murati verlor die Wohnungskautions von 3.600 DM und alle in 5 Jahren angesammelten Haushaltsgräte. Herr Murati arbeitete in Deutschland als Taxifahrer und verdiente etwa 3.000 DM pro Monat. Mit einer 5-köpfigen Familie und einer monatlichen Miete von 1.200 DM, schaffte er es nicht, mehr als 8000 DM zu sparen. In Prizren hat er keine Arbeit und auch keine Aussicht auf eine Stelle.

Auch Herr Kulichi ist bosnischer Muslim und wurde trotzdem zurückgeschickt. Er ist 25 Jahre und lebt in einem Bergdorf in der Nähe von Prizren. Obwohl er eine Ausbildung hat, findet er aufgrund der wirtschaftlichen Situation und seiner ethnischen Zugehörigkeit keine Arbeit. In der ersten Zeit traute er sich nicht nach Prizren, da er kein albanisch spricht und von der o.g. ermordeten Familie gehört hatte. Er würde alles tun, um wieder in den Westen gehen zu können.

Auch Herr Arisi aus Cabra, den wir vor 3 Monaten vom Flughafen Pristina aus in sein Dorf begleitet hatten (siehe Sonderbericht: Begleitung einer Rückkehrerfamilie nach Cabra, 15. Februar 2000), gehört in seinem Lebensumfeld zur Gruppe der Minderheiten. Er wurde zusammen mit seiner Familie in sein albanisches Dorf inmitten des serbischen Verwaltungsgebietes Zubin Potok zurückgeschickt. Abgesehen vom wirtschaftlichen Notstand in diesem Gebiet, sind auch diese Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt und fühlen sich bedroht.

In den 2 Monaten seit seiner Rückkehr hat sich in dem völlig zerstörten Dorf nichts geändert. Die Familie bewohnt immer noch 2 Zimmer einer von der japanischen Re-

gierung aufgestellten Baracken mit 22 Personen. Es gibt fahrbare Toiletten hundert Meter weiter, einen neuen Brunnen, der ebenfalls „nur“ 100 Meter entfernt ist. Keine Organisation hat sich dieses Dorfes angenommen, da die Situation (Nähe Mitrovica) immer noch ungeklärt ist. Außer der Mutter-Theresa-Gesellschaft leistet niemand Hilfe. Herr Arisi hat das Glück, eine permanente Aufenthaltsgenehmigung für Deutschland zu besitzen, mit der er jederzeit zurückkehren könnte. Doch noch versucht er alles, um bei seiner Frau und den 3 Kleinkindern zu bleiben, da er in diesem serbischen Mehrheitsgebiet um ihre Sicherheit fürchtet.

2- Ein weiterer Aspekt für eine Nichtrückführung sind körperlich bzw. geistige Behinderungen oder kompliziertere Krankheiten. Auch diese häufig in den Erlassen genannte Einschränkung wurde nicht eingehalten. Laut WHO (World Health Organisation) und Handicap International² gibt es keinerlei Einrichtungen für behinderte Menschen im Kosovo.

Besa Imeri ist eine junge, stark gehbehinderte Frau, die auf Krücken angewiesen ist. Sie ist 32 Jahre alt und „freiwillig“ zurückgekommen, nachdem ihre Duldung abgelaufen war. Sie lebt mit drei Familien in einem Haus am Rand von Pristina. Die Straßen dort sind sehr steil, eng und fast unbegehrbar und sie fürchtet den Winter.

3- UNHCR rät seit langem verstärkt von der Rückführung sogenannter stark gefährdeter Gruppen (vulnerable groups) ab. Zu diesen zählen vor allem alleinstehende Frauen mit Kindern. Die albanische Gesellschaft steht diesen Frauen sehr ablehnend gegenüber und ihre Reintegrationschancen sind überaus schlecht.

Das albanische Volk ist eine reine Familiengesellschaft und Familien auseinanderzureißen und deren weibliche Angehörige alleine in dieses Land zurück zu schicken, muß vor diesem Hintergrund sehr kritisch betrachtet werden.

Frau Hoti ist 28 Jahre alt und ihr wurde, im Gegensatz zu ihrem Vater und Bruder, die permanente Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland versagt. Sie hat weder Familie, noch Unterkunft oder Arbeit im Kosovo. Ihre Zukunft ist ungewiß.

² Siehe Monatsbericht Dezember

Lazime Saramati aus Prizren ist Ende 20, hat 3 Kinder und war 8 Jahre lang in Deutschland. In den ersten 4 Jahren war sie mit einem Albaner verheiratet, von dem sie dann geschieden wurde. Danach lebte sie von der Sozialhilfe.

Zur Zeit lebt sie bei ihrem Bruder, mit 7 Personen in einer Wohnung. Das einzige Einkommen für alle besteht aus 200 DM, die der Bruder als Taxifahrer verdient.

Frau Saramati wäre lieber in Deutschland geblieben, da sie sich um die Krankenversicherung für ihre Kinder, die es im Kosovo nicht gibt, sorgt. Sie ist davon überzeugt, daß IOM ihr eine eigene Wohnung besorgen und sie einen Halbtagsjob finden wird. Sie denkt ganz offensichtlich in deutschen Kriterien und wartet, daß man sich um sie kümmert. Eine Ausbildung besitzt sie nicht.

Wirtschaftliche Implikationen

Auch wenn die deutschen Behörden dies kaum berücksichtigen können, muß die wirtschaftliche Lage der meisten Rückkehrer einmal betrachtet werden.

Afrim Islami, ein 19-jähriger Albaner, war drei Tage vor unserem Gespräch nach einem 3-jährigen Aufenthalt in Deutschland (Hessen) zurückgekehrt. Seine Rückkehr war „freiwillig“³, nachdem seine Duldung abgelaufen war. In den drei Jahren in Deutschland hatte er keine Arbeitsgenehmigung. Er versuchte, in Pizzerien zu arbeiten, was ihm jedoch untersagt wurde.

Das Haus der Familie wurde im Krieg zerstört. Mit 7 Mitgliedern besetzen sie zur Zeit ein serbisches Haus mit 2 Zimmern. Weder der Vater noch er oder sein Bruder haben Arbeit. Der Vater arbeitete in einer der lokalen Fabriken, aus der er jedoch mit Beginn der serbischen Verwaltung 1991 entlassen wurde.

Die Familie lebt von Nahrungsmittelpaketen der Mutter-Theresa-Gesellschaft. Sie besitzt keinerlei finanziellen Rücklagen.

Die Häuser in der ganzen Nachbarschaft sind zerstört. Eine italienische Organisation (Gjakova liegt im Zuständigkeitsbereich der italienischen MNB (Multi National Brigade)), brachte den Familien Baumaterial für ein halbes Haus und – für ein halbes Dach. Sie lieferten weder Fenster und Türen noch Toiletten. Keine der Familien dort besitzt ausreichende Fähigkeiten, ein Haus zu bauen. Die Organisation begleitet den

³ D.h. er entschloss sich, Deutschland zu verlassen, bevor die Behoerden ihn dazu zwangen.

Wiederaufbau nicht, sie wurde nach Lieferung des Baumaterials nicht mehr gesehen. Die ganze Nachbarschaft bat mich, deutsche Wiederaufbauorganisationen nach Gjakova zu bringen.

Afrim Islami möchte zurück nach Deutschland – wenn nicht anders möglich wird er versuchen, illegal wieder einzureisen. Weder er noch sein Bruder besitzen eine Ausbildung, seine Zukunftsperspektiven im Kosovo sind extrem begrenzt.

Das Gleiche gilt für Din Kastrati, ein 22-jähriger junger Mann, der 2 Jahre lang in Bad Kissingen lebte. Er wohnt in einem Dorf bei Prizren und teilt sich mit 10 Personen ein Haus. Auch er hatte in Deutschland keine Arbeitsgenehmigung. Niemand aus der Familie hat Arbeit, sie leben von der Hilfe der Mutter-Theresa-Gesellschaft. Auch Herr Kastrati hat keine Ausbildung und sieht aufgrund seiner mangelnden Zukunftsperspektiven den einzigen Ausweg in einer Rückkehr nach Deutschland.

Der Fall Nurije Veliju ist nicht so verzweifelt, da sie in einem Dorf (Krushe e Madhe) lebt und ein Stück Land besitzt. Das zerstörte Haus wurde von einer holländischen Organisation repariert. Sie lebt mit drei Familien in diesem Haus. Auch ihre Schwägerin lebte in Deutschland und bereut zutiefst, wieder in den Kosovo zurückgekehrt zu sein. Frau Velijus Mann ist noch in Deutschland, wird aber bald zurückkommen müssen. Das Geld, daß er noch immer schickt, und das als nahezu einzige Lebensgrundlage dient, wird sehr fehlen. In Deutschland hat Herr Veliju Züge gereinigt, Ersparnisse hat er kaum, da er seinen Verdienst immer nach Hause geschickt hat.

Frau Bizimi war 8 Jahre lang in Deutschland. Ihr Mann und drei Kinder leben jetzt in Pristina bei dem Schwiegervater. Frau Bizime ist besonders besorgt um die Anpassung ihrer Kinder an das kosovarische Schulsystem, welches völlig verschieden vom deutschen ist.

Ihr Mann hatte eine gute Arbeitsstelle als Koch in einem deutschen Restaurant. Doch da auch die Restaurants im Kosovo sind Familienbetriebe. Daher wird es selbst für ihn ausgesprochen schwierig sein, einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Rexhep und Miftar Zeqiri sind Brüder. Der Erste ist 38 Jahre alt und arbeitete im Textilkombinat in Pristina bis er 1990 von der serbischen Verwaltung entlassen wurde. Daraufhin ging er nach Deutschland, wo er allerdings nie eine Arbeitsgenehmi-

gung bekam. Vor zwei Monaten erhielt er den Abschiebungsbescheid. Seitdem lebt er mit 25 Personen in einem Haus mit 6 Zimmern. Das Textilkombinat existiert nicht mehr und er hat keinerlei Aussicht auf Arbeit.

Sein Bruder war Kameramann für das lokale Fernsehen in Pristina, bis auch er 1990 entlassen wurde. Er hat 5 Kinder und lebt in dem obengenannten Haus und hat seit seiner Entlassung kein Einkommen..

Aus all diesen Fällen kann man ein bestimmtes Muster schließen:

- Keiner der interviewten Männer zwischen 17 und 30 besitzt aufgrund der Verhältnisse der letzten 10 Jahre im Kosovo unter serbischer Verwaltung, eine Ausbildung, da es für Albaner in dieser Zeit keine Ausbildungsplätze gab⁴.
- Alle befragten jungen Männer wollen zurück nach Deutschland. Sie sehen keinerlei Zukunftsperspektive im Kosovo.
Die Tageszeitung *Koha Ditore* berichtete am 15. April vom Fall eines illegalen Ausreiseversuchs nach Deutschland. Dabei wurden zwei junge Kosovaren in Ungarn gefaßt und nach Serbien (!) ausgewiesen. Trotz dieses abschreckenden Beispiels werden weiterhin viele die illegale Rückwanderung versuchen.
- Viele Rückkehrer suchen im Kosovo nach einer Art Arbeitsamt. Dies gibt es jedoch im Kosovo nicht. Auch AGEF, eine deutsche Gesellschaft für Arbeitsvermittlung, nimmt Bewerbungen *nur* in Deutschland von qualifizierten Personen auf. Doch trotz aller Bemühungen kann auch AGEF keine Arbeitsplätze herbeizaubern, und nimmt zudem nur Personen *mit abgeschlossener Ausbildung* in ihre Kartei. Wie oben beschrieben, hat der größte Teil der jungen Männer im Kosovo keinerlei berufliche Qualifikation.

Jeder Ankommende kann also bei der Arbeitssuche keinerlei Hilfe erwarten.

⁴ Ein Rückkehrer aus England, der schon 1991 aus Angst, von der serbischen Armee in den Krieg in Kroatien gezogen zu werden, emigrierte, berichtete folgendes: Nachdem er 1993 zurückkehrte, begann er ein Studium. Bei jeder zweiten Vorlesung in privaten Häusern, die unter dem Parallelsystem als Schulen und Universitäten dienten, fehlte der Professor. Bücher mußten unter der Jacke versteckt werden. Wurde man von einem serbischen Polizisten erwischt, bekam man Schläge. Der junge Mann gab sein „Studium“ nach einigen Wochen auf.

- Für viele der Rückkehrer, vor allem für die Frauen, ist es äußerst schwierig, sich wieder an die kosovarischen Verhältnisse anzupassen. Sie fürchten um ihre Kinder, vor allem um deren Ausbildung und Gesundheitsversorgung.
- Im Gegensatz zur Annahme vieler deutscher Behörden beschränken sich die Ersparnisse der Rückkehrer häufig auf ein Minimum. Dies hat u.a. folgende Gründe: Ein Großteil der Asylbewerber konnte keine Arbeitsgenehmigung erhalten. Die Kosovaren, die arbeiten durften, bekleideten überwiegend keine hochbezahlten Posten, haben meist viele Kinder und sendeten einen großen Teil des Einkommens in den Kosovo. Alle Befragten erklärten, daß ihre finanziellen Rücklagen innerhalb weniger Monate aufgebraucht haben werden und sie nicht wüßten, wovon sie danach ihren Lebensunterhalt bestreiten würden.
Zwangsläufig wird dies zu einer Substituierung eines nicht existierenden Sozialsystems im Kosovo durch Wiederaufnahme von Verteilung von Nahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs durch Hilfsorganisationen führen müssen.
- Es wird zusehends klarer, daß die Kapazitäten der Hilfsorganisationen dazu nicht ausreichen werden. Weder sind genügend Mittel vorhanden, um den oben genannte Sozialhilfeersatz zu leisten, noch kann genügend Wohnraum bereitgestellt, oder gar für Arbeitsplätze gesorgt werden.

Minderheitenrückführung und Schulabbruch

Es ist bereits bekannt, daß auch Roma, aufgrund der Tatsache, daß sie sich als Albaner ausgegeben haben, um Asyl zu bekommen aus Deutschland ausgewiesen werden. Erschreckend ist allerdings, daß trotz der Versprechungen, keine Minderheiten in den Kosovo zurückzuschicken, dies, wie aus den oben geschilderten Fällen deutlich wird, offensichtlich auch bei anderen Minderheiten doch der Fall ist.

Die geschilderten Fälle sind zudem keine Ausnahme. So gab IOM uns z.B. mehrere Namen von ausgewiesenen Bosniaken, die wir aufgrund Zeitmangels jedoch nicht alle aufsuchen konnten.

Weiterhin muß nochmals kritisch angemerkt werden, daß alle drei Kinder der bosnischen Familie Murati mitten im Schuljahr ausgewiesen wurden.

Die Situation ein Jahr nach Kriegsende

Vor einem Monat war der erste Jahrestag des Kriegsbeginns. Seither finden überall im Kosovo Gedenkfeiern statt. Weitere Massengräber werden geöffnet, landesweite Demonstrationen für albanische Gefangene in Serbien blockieren viele Straßen.

Die Propaganda in den lokalen Medien blüht trotz des OSZE-Mandats, die Medien zu überwachen.

Vor drei Wochen machte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) endlich den Ausbruch einer Epidemie, genannt Tularemia, publik. Diese Krankheit hat bis jetzt fast 600 Menschen erfaßt, und war WHO seit August letzten Jahres bekannt⁵. Auslöser sind rattenverseuchtes Wasser, Insekten und verseuchtes Fleisch.

Die Erklärung der Albaner für den Ausbruch der Seuche war folgende: Da die Krankheit zuerst im Kreis Djakovica/Gjakova auftrat und dort angeblich während des Krieges Leichen in einen See geworfen wurden, ist man davon überzeugt, daß diese Epidemie ein Resultat bewußter biologischer Kriegsführung der Serben sei.

All diese Fakten bringen Erinnerungen an die Unterdrückung durch serbische Polizisten und deren Greuelthaten und somit Haßgefühle hoch.

Die Situation für Minderheiten verschlechtert sich zusehends. Erst am 30. April brannten wieder 3 serbische Häuser in Pristina, „Exekutionen“, Gewalttaten, Drohungen vermehren sich landesweit.

KFOR-Checkpoints findet man mittlerweile alle paar Kilometer. Auch die Autos der internationalen Hilfsorganisationen werden durchsucht. Täglich vergrößert sich die Anzahl der Waffenarsenale, die in Autos gefunden werden.

Die bevorstehenden Wahlen im Oktober bringen ein zusätzliches Maß an Spannungen und Gewalttaten. Erst am 8.Mai wurde ein ehemaliger UCK-Kommandant (Drini), der der LDK (Partei Rugovas) nahesteht, erschossen. Es hat den Anschein, als ob einige der UCK-Veteranen sich zusehends radikalieren und gegen die moderaten Kräfte angehen.

⁵ Es ist unerklärlich, warum WHO den Ausbruch dieser Epidemie nicht vor Monaten bekannt gegeben hat. Die meisten Fälle hätten durch Aufklärung der Bevölkerung vermieden werden können.

Trotz der Absicht der USA, 700 Serben in die serbische Enklave Istok zu repatriieren, sehen UNHCR⁶ und die Infostelle von Caritas und Diakonie dies äußerst kritische und als verfrühte Entscheidung, weil dies die Minderheitensituation zusätzlich verschärft, zudem die Schaffung weitere Enklaven sicherlich keine langfristige Lösung darstellt.

Christina Kaiser

Zusatz:

1- Weil nicht erfüllbare Hoffnungen damit geweckt werden, ist dringend davon abzu-
sehen, Rückkehrern Schriftstücke mit Versprechungen über eventuelle Hilfsleistungen
von Caritas und Diakonie im Kosovo auszustellen.

Nicht nur ist dies den Menschen gegenüber unfair, sondern es unterminiert auch die
Glaubwürdigkeit des DCV und DW.

2- Außerdem muß an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen werden, daß auf-
grund des zunehmenden Volumens weder die Infostelle Pristina noch die Zentralen
der Diakonie in Stuttgart und des DCV in Freiburg Einzelanfragen bearbeiten können.

⁶ Persönliches Gespräch